



Stadt Kamen

Niederschrift

SV

über die
1. Sitzung des Straßenverkehrsausschusses
am Donnerstag, dem 01.03.2012
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:15 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Astrid Gube
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller
Herr Hans-Jürgen Senne
Herr Udo Theimann

CDU

Herr Friedhelm Grüneberg
Herr Wilhelm Kemna
Frau Susanne Middendorf
Herr Frank Murmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Bettina Werning

FDP

Herr Peter Büchel

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

Sachverständige gem. Beschluss des Straßenverkehrsausschusses

Frau Beate Fastnacht
Herr Andreas Feld
Herr Manfred Grod
Herr Ulrich Lenz
Herr Norbert Mannke

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning
Herr Ulrich Klein

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Frau Christine Brockmeyer
Herr Reiner Brüggemann
Herr Uwe Liedtke
Herr Jens Neunert

Entschuldigt fehlten

Herr Marian Flörke
Herr Heinz-Uwe Hilsmann
Herr Adrian Mork
Herr Klaus Püngel
Herr Heinrich Rickwärtz-Naujokat
Herr Martin Wiggermann

Frau **Müller** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene erste Sitzung des Straßenverkehrsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Einwände gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Freigabe von Einbahnstraßen im Stadtgebiet Kamen für den Radverkehr in Gegenrichtung	010/2012
2	Umgestaltung des Straßenverlaufes Germaniastraße / Pastorenkamp hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW	006/2012
3	Einrichtung einer Fahrradstraße hier: Mühlentorweg	008/2012
4	Verkehrssituation am Kreisverkehr Westicker Str. / Germaniastraße und am kombinierten Geh- und Radweg Germaniastraße hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2011	009/2012
5	Umgestaltung der Bahnhofstraße zwischen Sesekedamm und Koppelstraße hier: Bericht der Verwaltung	
6	Wegweisende und Kleinbeschilderung im Rahmen des Netzschlusses Innerer Ring und der Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes (die Planunterlagen sind im Ratsinformationssystem eingestellt) hier: Bericht der Verwaltung	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
010/2012

Freigabe von Einbahnstraßen im Stadtgebiet Kamen für den Radverkehr in Gegenrichtung

Frau **Müller** rief den ersten Tagesordnungspunkt auf, lobte die umfassende Beschlussvorlage und erteilte Herrn Breuer das Wort.

Herr **Breuer** führte aus, dass die Änderungen der Verwaltungsvorschriften zur Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO) aus 2009 zum Anlass genommen worden seien, die Freigabe der Einbahnstraßen für Radfahrer in Gegenrichtung erneut zu überprüfen. Die Voraussetzungen seien als Folge der positiven Ergebnisse einer Sicherheitsforschung wesentlich vereinfacht worden. Auf die gesetzlichen Änderungen wolle er nicht näher eingehen, da dies bereits ausführlich in der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses am 04.03.2010 erfolgt sei. Mit der Novellierung der StVO aus dem Jahr 1997 seien bereits 23 Straßen und Straßenabschnitte zunächst befristet freigegeben worden.

Auf Grundlage der Novelle von 2009 habe nun die Verwaltung gemeinsam mit der Polizei die verbleibenden Straßen überprüft. Die Ergebnisse seien auch in der Beschlussvorlage enthalten. Anhand von Folien wurde die Lage der einzelnen Einbahnstraßen dargestellt. Die Überprüfung vor Ort habe ergeben, dass es lediglich bei den Straßen Bleiche, Im Hagen, Ostkamp Süd, Lärchenweg und der Carl-Bosch-Straße sinnvoll und machbar sei, diese für Radfahrer in Gegenrichtung freizugeben.

Sofern sich die Straßencharakteristiken der übrigen Straßen durch Baumaßnahmen verändern sollten, würde die Freigabe in Gegenrichtung erneut geprüft.

Abschließend trug Herr **Breuer** vor, dass die Straße „Am Barenbach“ von der Überprüfung ausgenommen worden sei, da dort seit einiger Zeit eine umfangreiche Baumaßnahme durchgeführt werde. Obwohl davon auszugehen sei, dass auf Grund der fehlenden Breite die Straße nicht freigegeben werden könne, werde dies nach Beendigung der Baumaßnahme geprüft.

Frau **Müller** bedankte sich für den Vortrag und erkundigte sich, ob seitens der Anwesenden Fragen bestünden.

Frau **Middendorf** teilte mit, dass sie sehr häufig in der Bahnhofstraße (Teilstück zwischen Bohde und Markt) beobachten könne, dass Radfahrer, anstatt wie vorgeschrieben, in Richtung Koepeplatz abzubiegen, geradeaus fahren und dabei auch die Gehwege nutzen würden. Sie erkundigt sich, ob hier auch Kontrollen stattfinden würden.

Herr **Breuer** bejahte die Anfrage, verwies bzgl. der Kontrollen jedoch auf die Zuständigkeit der Polizei.

Frau **Müller** bedankte sich für den Beitrag und schlug die Beschlussfassung vor.

Beschluss:

Die folgend aufgeführten Einbahnstraßen sind für den Radverkehr in Gegenrichtung der Einbahnstraßenführung zu öffnen.

1. Bleiche
2. Im Hagen
3. Ostkamp Süd
4. Lärchenweg
5. Carl-Bosch-Straße

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.
006/2012

Umgestaltung des Straßenverlaufes Germaniastraße / Pastorenkamp
hier: Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW

Frau **Müller** erläuterte zu diesem Tagesordnungspunkt zunächst die Verkürzung des Verwaltungsverfahrens. Die Bürgeranregung hätte ursprünglich zunächst vom Haupt- und Finanzausschuss als Beschwerdeausschuss an den Straßenverkehrsausschuss verwiesen werden müssen. Da jedoch der nächste Straßenverkehrsausschuss erst im Oktober 2012 tage, werde bereits in der heutigen Sitzung eine fachausschussliche Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss ausgesprochen.

Auf die Frage der Vorsitzenden, ob Anmerkungen zu dieser Beschlussvorlage bestünden, äußerte Herr **Grosch** für die Fraktion DIE LINKE/GAL, dass er selbst die Situation vor Ort überprüft habe. Sofern an dieser Stelle Tempo 30 eingehalten würde, könne nichts passieren. Ortskundige würden sich hier an die Verkehrsregeln halten, auswärtige Kfz-Teilnehmer häufig jedoch nicht. Er selbst habe während seiner zehnminütigen Anwesenheit vor Ort eine kritische Begegnung beobachten können. Aus Richtung Hilsingstraße sei ein Bus auf die Engstelle zugefahren, während sich aus Richtung Kreisverkehr ein ortsfremder Lieferwagen mit überhöhter Geschwindigkeit genähert habe, der, statt die Geschwindigkeit zu verringern bzw. vor der Fahrbahnverengung zu warten, mit gleichbleibendem Tempo weitergefahren und über den Geh- und Radweg ausgewichen sei. Herr Grosch betonte, dass es auf Grund der Verengung schon zu kritischen Situationen kommen könne. Die Bürgeranregung sei daher verständlich. Er könne jedoch ebenso gut die Haltung der Verwaltung nachvollziehen, zumal die Örtlichkeit dem Grunde nach anrege, langsam zu fahren.

Herr **Kühnapfel** bestätigte die Aussage von Herrn Grosch. Er habe dort selbst Gefahrensituationen durch überhöhte Geschwindigkeiten erlebt, bei denen die Fahrzeugführer über die Bordsteine ausgewichen seien. An dieser Stelle müsse man sich an die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit halten. Seiner Auffassung nach solle die Situation dort so bleiben, insbesondere, da die Fahrbahnverengung zur Geschwindigkeitsreduzierung gedacht sei. Herr Kühnapfel regte an, an dieser Stelle Geschwindigkeitskontrollen durchführen zu lassen.

Frau **Müller** erwiderte, dass es der Verwaltung nicht möglich sei, entsprechende Kontrollen selbst vorzunehmen.

Nunmehr bat Frau Müller um Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag.

Beschlussempfehlung:

Der Bürgeranregung von Herrn Klaus Wilhelm Nieme bzgl. der Änderung der Straßenführung an der Germaniastraße in Höhe des Feldes Pastorenkamp wird nicht gefolgt. Die bisherige Straßenführung wird beibehalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.
008/2012

Einrichtung einer Fahrradstraße
hier: Mühlentorweg

Frau **Müller** verlas den dritten Tagesordnungspunkt und erteilte Herrn Breuer das Wort.

Herr **Breuer** erläuterte die Mitteilungsvorlage mit dem Hinweis, dass die Ausweisung des Mühlentorweges als Fahrradstraße Ergebnis intensiver Abstimmungen mit dem Lippeverband sei. Anhand einer Folie erläuterte er die ursprünglich vom Lippeverband angedachte Routenführung entlang des Sesekedamms auf den vorhandenen Geh- und Radwegen. Die Verwaltung hatte jedoch bei dieser Führung des Radverkehrs auf Grund der komplexen Querungssituationen an der Ostenallee und an dem Kreisverkehr Poststraße / Sesekedamm Bedenken. Es sei ferner zu befürchten, dass Radfahrer, aus Richtung des Radweges kommend, der parallel zur Hochstraßenabfahrt verläuft, falsch herum in den Kreisverkehr einfahren könnten, um nicht den weiten Weg um den Kreisverkehr herum fahren zu müssen. Es sei daher überlegt worden, mit dem Mühlentorweg eine durchgängige Führung des „Seseke-Weges“ als Fahrradstraße zu schaffen. Faktische Änderungen würden sich durch diese Maßnahme nicht ergeben, es bliebe weiterhin eine reine Anliegerstraße den Kfz-Verkehr betreffend. Positiver Nebeneffekt der Ausweisung als Fahrradstraße sei, dass im Mühlentorweg, in dem bisher die innerorts übliche Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gelte, künftig nur noch max. 30 km/h gefahren werden dürfe. Ergänzend führte Herr Breuer weiter aus, dass die auf der Folie blau gekennzeichnete Strecke nach Abschluss der Sanierungsarbeiten an der Stützwand der Seseke als Radweg genutzt werden könne. Damit werde im Gegensatz zur bisherigen Führung auf dem Gehweg neben der Hochstraßenauffahrt eine sicherere Lösung angeboten.

Den Zeitpunkt der Umsetzung, so Herr Breuer, könne er nicht konkret benennen, da zunächst noch eine schriftliche Anwohnerinformation erfolgen solle und evtl. Fragen und Rückmeldungen der Anwohner abzuwarten seien. Er rechne jedoch damit, dass die Ausführung nach Ablauf von vier bis sechs Wochen erfolgen könne.

Frau **Müller** bedankte sich für die Ausführungen und erkundigte sich, ob seitens der Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses Wortmeldungen gewünscht seien.

Herr **Kasperidus** lobte den Vorschlag der Verwaltung. Er verstehe allerdings den „grünen Haken“ auf der gezeigten Folie (Führung der Radfahrer aus dem Mühlentorweg rechts in die Bahnhofstraße und von da aus über die Sesekebrücke) nicht und erkundigte sich, ob der Radfahrer nicht geradeaus über die Maibrücke fahren könne.

Herr **Breuer** erwiderte, dass auf Grund der Hochborde auf der gegenüberliegenden Seite der Bahnhofstraße eine Geradeausführung der Radfahrer nicht zu realisieren sei.

Herr **Neunert** ergänzte, eine bauliche Lösung sei hier nicht möglich, da im Falle einer Bordabsenkung das Längsgefälle zu steil werde.

Die Mitteilungsvorlage wurde von den Anwesenden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 4.
009/2012

Verkehrssituation am Kreisverkehr Westicker Str. / Germaniastraße und am kombinierten Geh- und Radweg Germaniastraße
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 23.11.2011

Herr **Kemna** nahm, stellvertretend für die CDU-Fraktion, Stellung zum vorliegenden Beschlussvorschlag. Der Vorschlag der Verwaltung entspräche den Vorstellungen der CDU und daher könne Punkt eins uneingeschränkt zugestimmt werden.

Die Darlegungen der Verwaltung zu den Punkten zwei und drei bezeichnete Herr Kemna als logisch und schlüssig, die Begründungen seien nachvollziehbar. Seiner Auffassung nach müsse jedoch der gesamte Kreuzungsbereich Germaniastraße / Hilsingstraße / Otto-Prein-Straße überplant werden. Er regte die Erstellung eines neuen Gesamtkonzeptes an. Dieses solle die Besucherverkehre, insbesondere vom Bodelschwinghaus, Kindergarten und Seniorenheim, berücksichtigen.

Zu Punkt drei der Beschlussvorlage führte Herr Kemna aus, dass auch dieser Vorschlag mitgetragen werden könne, da Fußgängerüberwege nur eine vermeintliche Sicherheit suggerieren würden. Im Übrigen sei es nicht nötig, an dieser Stelle mit „Gewalt“, d. h., durch Versetzung der Ortseingangstafel mit einer daraus resultierenden Übernahme der Baulast und den damit verbundenen Kosten für die Unterhaltung, den Fußgängerüberweg durchzusetzen. Abschließend schlug Herr Kemna vor, einzeln über die Vorschläge abzustimmen.

Herr **Brüggemann** unterbreitete im Gegenzug den Vorschlag, zunächst einmal abzuwarten, bis der Bereich (Peter und Paul, Caritas) vollständig besiedelt sei, um dann Mitte des Sommers die Verkehrsbewegungen (Fußgänger- und Kfz-Verkehr) zu erfassen. Die Zählungen würden zu unterschiedlichen Tageszeiten, wenn tatsächlich Fußgänger unterwegs seien, erfolgen. In der nächsten Sitzung des Straßenverkehrsausschusses werde seitens der Verwaltung ein entsprechender Bericht vorgetragen.

Angesichts dieser Einlassung der Verwaltung erklärte Herr **Kemna** sein Einverständnis, über diesen Tagesordnungspunkt „en bloc“ abzustimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Gehweg, der an den Seitenstreifen an der südlichen Seite der Westicker Straße angrenzt, für Radfahrer freizugeben. Ferner sollen die Querungen für die Radfahrer mit einer Beschilderung, wie sie am Kreisverkehr Lindenallee erfolgt ist, ausgestattet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Radwegebenutzungspflicht für den östlich der Germaniastraße gelegenen gemeinsamen Geh- und Radweg aufzuheben.
3. Die Verkehrssituation im Hinblick auf die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an allen Ästen des Kreisverkehrs Germaniastraße bleibt unverändert

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Umgestaltung der Bahnhofstraße zwischen Sesekedamm und Koppelstraße

hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** führte zunächst aus, dass der Umbau der Bahnhofstraße auch Bestandteil der Tagesordnung (Top 6) der heutigen Sitzung des Straßenverkehrsausschusses sei, da die Gestaltung und der Beschilderungsplan vorgestellt werden sollten. In der Vergangenheit sei immer wieder thematisiert worden, auf der Bahnhofstraße eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h und eine Tonnagenbegrenzung (3,5 t) anzuordnen. Dieses Vorhaben solle nun mit einem Beschluss des Straßenverkehrsausschusses bestätigt werden. Hintergrund dieser Planungen sei neben der Lärmaktionsplanung die durch das LANUV festgestellte Grenzwertüberschreitung der NO_x-Emissionen. Sowohl die Geschwindigkeits- als auch die Tonnagenbegrenzung, davon gehe die Verwaltung aus, würden neben der geänderten Verkehrsführung des Durchgangsverkehrs über die Poststraße zur Einhaltung der Grenzwerte führen.

Herr **Neunert** erläuterte anhand einer Folie die künftige Straßenraumgestaltung der Bahnhofstraße zwischen Koppelstraße und Sesekedamm. Nach dem Umbau der Straßen für den Netzschluss Innerer Ring erfolge nun der Lückenschluss mit dem Kreisverkehr Westicker Straße / Koppelstraße und der Rückbau der Bahnhofstraße. Während auf dem Inneren Ring im Bereich der Poststraße eine zulässige Höchstgeschwindigkeit 50 km/h gelte, sei für die Bahnhofstraße die Ausschilderung als Tempo-30-Zone vorgesehen.

Der Verkehrsraum teile sich in 5,20 m Fahrbahn, mind. 2,50 m nördlichen und mind. 3 m südlichen Gehweg auf. Die geplanten Längsparkstreifen sollen mit einer Breite von 2,0 m aufgetragen werden. Der Radfahrer werde im Bereich der Bahnhofstraße auf der Fahrbahn geführt, was auf Grund der Geschwindigkeitsbegrenzung und der Reduzierung des durchfahrenden Kfz-Verkehres als unproblematisch anzusehen sei.

Ferner stellte Herr Neunert die optische Gestaltung vor. Im Bereich der Einmündung unter der Hochstraße sei eine sogenannte Schleuse geplant, die an dieser Stelle nur PKW-Begegnungsverkehr zulasse und damit ein zusätzliches Hilfsmittel zur Durchsetzung der Verkehrsberuhigung darstelle. Alle Einmündungsbereiche der Bahnhofstraße sollen, wie auch bei dem Straßenabschnitt vor dem Rathaus, gepflastert werden. Auf dem gesamten Abschnitt zwischen den beiden Kreisverkehren sei die Aufstellung von Blocksteinen in U- und L-Form als Begrenzung vorgesehen, die sich zum Gehweg hin öffnen.

Auf der Südseite werde im Gehwegbereich ein symbolischer Gleiskörper, bestehend aus einer Schiene verlegt, um an die ehemalige Straßenbahnführung in diesem Bereich zu erinnern. Auf der Nordseite der Bahnhofstraße sollen in Anbindung an die historische Gestaltung, Bäume gepflanzt sowie Pflanzbeete, wie im südlichen Teil der Bahnhofstraße, angelegt werden.

Durch die gewählten Materialien (Pflaster, Pendelleuchten, Steelen) soll die Verbindung vom Bahnhof zur Innenstadt hervorgehoben werden.

Herr **Grod** nahm Bezug auf die Baumanpflanzungen und gab zu bedenken, dass im Bereich der Sparkasse Heeren das Wurzelwerk der dort vorhandenen Bäume Stolperschwellen durch hochgedrückte Pflastersteine verursacht habe. Für ältere und behinderte Menschen sei dies eine schwierige Situation. Er empfehle daher Pfahlwurzler, ansonsten, auch wegen der besseren Einsehbarkeit, eine Niedrigbepflanzung.

Dazu führte Herr **Neunert** aus, dass es sich um hochaufgeastete Bäume handele. Die Beurteilung der Pflanzungen sei durch das Grünflächenamt der Stadt Kamen erfolgt. Er berichtet weiter, dass ein neues Verfahren bzgl. der Anpflanzungen im Straßenraum angewendet werde. Abhängig vom Angebot des Unterbodens an die Wurzelung verwende man hier ein spezielles Granulat und nehme zusätzlich Belüftungsbohrungen vor.

Herr **Grod** richtete seine Bitte, die hohen Kosten für die Laubbeseitigung zu berücksichtigen, konkret an Herrn Brüggemann.

Die Entscheidung der Stadt Kamen, entgegnete dieser, sei auf jeden Fall „pro grün“. Er verstehe den Einwand durchaus, jedoch habe eine angemessene Straßenraumbegrünung Priorität.

Herr **Liedtke** ergänzte, dass mit der pflanzlichen Gestaltung ein historischer Bezug hergestellt werden solle. Es handele sich hier um Säuleneichen, mit denen bereits gute Erfahrungen gemacht worden seien.

Frau **Fastnacht** stellte die Sicherheit der Radfahrer beim Ausfahren aus dem Kreisverkehr Westicker Straße / Koppelstraße in die Bahnhofstraße durch die geplanten Blocksteine in Frage.

Sie befürchte, der Radfahrer könne durch ein gleichzeitig abbiegendes Kraftfahrzeug gegen diese Steine gedrückt werden.

Herr **Brüggemann** sagte eine Prüfung unter diesem Aspekt zu.

Frau **Müller** bedankte sich für die Ausführungen.

Zu TOP 6.

Wegweisende und Kleinbeschilderung im Rahmen des Netzschlusses Innerer Ring und der Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes (die Planunterlagen sind im Ratsinformationssystem eingestellt)
hier: Bericht der Verwaltung

Die Vorsitzende erteilte Herrn **Neunert** das Wort.

Dieser erläuterte anhand einer Folie zunächst die neue Verkehrsführung über die Post- und die Westicker Straße und fasste die wesentlichen Aspekte der Neugestaltung zusammen.

Zum einen sei die Parksituation neu geordnet worden. Neben ausreichenden P + R-Plätzen im Bahnhofs- und Rathausumfeld seien fünf „kiss and ride“- Plätze mit einer Parkzeitbeschränkung von ½ Stunde vor dem Parkhaus vorgesehen. Die Zahl der Behindertenparkplätze sei auf insgesamt sechs ganztägige Plätze aufgestockt worden, davon 3 in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes und drei im direkten Rathausumfeld. Der bereits fertig gestellte Teil der Bahnhofstraße sei insgesamt als Haltverbotszone ausgeschildert, in der künftig das Parken in der Zeit von 07.00 – 18.00 Uhr auf eine Stunde begrenzt sei. Bei dieser Regelung seien die Interessen der ansässigen Gewerbetreibenden berücksichtigt worden. Ausgenommen von diesem Zonenhaltverbot werden die neu geschaffenen P + R-Plätze sowie der Rathausparkplatz, auf dem neben den Bediensteten auch Besucher unbegrenzt parken können.

Der Bereich der Bahnhofstraße zwischen Kreisverkehr Westicker Straße / Koppelstraße und Sesekedamm / Hochstraße werde, um den Interessen der Gewerbetreibenden gerecht zu werden, ebenfalls im Rahmen einer Haltverbotszone in der Zeit von 07 – 17.00 Uhr mit einer Parkzeitbeschränkung von 1 Stunde versehen.

Im Anschluss an die Kleinbeschilderung informierte Herr **Neunert** die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses über die wegweisende Beschilderung, die auf Grund der Änderung der Verkehrsführung notwendig geworden sei. Zunächst wies er darauf hin, dass die Beschilderung aus Kostengründen optimiert worden sei. Anhand einer Präsentation zeigte er im Anschluss die einzelnen Wegweiser und deren Standorte (siehe Präsentation zum SV).

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

7.1.1

Zur häufig kritisierten Verkehrssituation im umgestalteten Bereich der Nordenmauer in Höhe des Severinshauses teilte Herr **Brüggemann** mit, dass hier am 26.01.2012 eine Verkehrsmessung durchgeführt worden sei. Hintergrund der Messung seien Beschwerden über angeblich zu hohe Geschwindigkeiten gewesen. Nun wolle er den Mitgliedern des Straßenverkehrsausschusses das Ergebnis vorstellen. Anhand der auf einer Folie aufbereiteten Messdaten erläuterte Herr Brüggemann, dass 75 % der erfassten Fahrzeuge nicht schneller als 20 km/h gefahren seien. Im Bereich 20 – 30 km/h bewegten sich 22 % und schneller als 40 km/h fuhren in der Zeit von 07.00 – 21.00 Uhr lediglich drei Fahrzeuge. Bei einer Verkehrsbelastung von fast 4.000 Fahrzeugen in eine Fahrtrichtung seien das mehr als positive Erkenntnisse. Die Verwaltung sei nach wie vor davon überzeugt, dass die Straßenraumaufteilung funktioniere.

Herr Brüggemann wies nachdrücklich darauf hin, dass im Bereich der Nordenmauer die sichere Querung für Fußgänger möglich sei. Wer die Fahrbahn direkt vor dem Severinshaus nicht queren wolle, habe die Möglichkeit, sowohl die Querungshilfe am Kreisverkehr als auch die in Höhe des Geschäftes der Fa. Stammer zu nutzen.

Mit der Polizei sei zudem die Einführung einer rechts-vor-links-Regelung diskutiert worden; eine solche Lösung sei auf Grund von drohenden Rückstaus in die Kampstraße jedoch nicht frei von Risiken. Abschließend betonte Herr Brüggemann, dass es insgesamt keinen Anlass zur Sorge gebe, wenn sich die Verkehrsteilnehmer an die Vorgaben hielten.

7.1.2

Bezug nehmend auf die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 06.02.2012 unterrichtete Herr **Brüggemann** die Mitglieder des Straßenverkehrsausschusses darüber, dass dort unterschiedliche Antragslagen der SPD-Fraktion und CDU-Fraktion bezüglich der Dortmunder Allee thematisiert worden seien. Er habe daher vorgeschlagen, zur Analyse der Landesstraßen im Kamener Stadtgebiet Vertreter des Landesbetriebes Straßenbau NRW einzuladen. Diese könnten dann vor dem Ausschuss eine Beurteilung des Straßenzustandes abgeben und vorgesehene Überplanungen vortragen.

Sollte der Landesbetrieb dem Wunsch der Stadt Kamen folgen, könne eine gemeinsame Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und des Straßenverkehrsausschusses im Mai oder Juli diesen Jahres einberufen werden.

7.2 Anfragen

7.2.1

Herr **Kühnapfel** erkundigte sich, Bezug nehmend auf eine veröffentlichte Machbarkeitsstudie für den geplanten Radschnellweg Ruhr, inwieweit die Stadt Kamen eingebunden und eine Variante über Kamener Stadtgebiet geplant sei. Er schlug vor, einen Vertreter des Regionalverbandes Ruhr einzuladen.

Herr **Breuer** wies zunächst darauf hin, dass lediglich eine diesbezügliche Konzeptstudie seitens des Regionalverbandes Ruhr erstellt worden sei. Im Zuge der Erstellung der Konzeptstudie seien die kreisfreien Städte und der Kreis Unna intensiv vom RVR eingebunden worden. Der Kreis Unna stimme sich wiederum eng mit den betroffenen Kommunen ab. Derzeit existiere zwischen Dortmund und Hamm noch keine genau definierte Routenführung für den geplanten Radschnellweg Ruhr. Eine mögliche Variante führe von Dortmund über Unna, Kamen und Bergkamen nach Hamm. Der nächste Schritt sei die Erstellung einer differenzierten Machbarkeitstudie durch den RVR, die u.a. die konkrete Routenführung zwischen Dortmund und Hamm festlegen solle. Hier werde die Stadt Kamen zukünftig auch direkt in Rahmen eines Arbeitskreises eingebunden sein.

7.2.2

Frau **Middendorf** fragte an, ob die Piktogramme auf kommunalen Straßen, die mittlerweile verblasst seien, erneuert werden könnten.

Herr **Brüggemann** verneinte und verwies darauf, dass die Piktogramme hauptsächlich mit Einführung der flächenhaften Verkehrsberuhigung in den Wohnbereichen aufgetragen worden seien. Inzwischen finde die Geschwindigkeitsvorgabe jedoch verbreitete Akzeptanz.

7.2.3

Herr **Kemna** bat, die Straße „Sesekedamm“ auf Schäden, die durch die Baumaßnahme des Lippeverbandes am Seseke-Radweg verursacht worden sein könnten, zu überprüfen.

Herr **Neunert** teilte diesbezüglich mit, dass eine entsprechende Überprüfung vorgesehen sei.

7.2.4

Herr **Nieme**, anwesender Zuhörer der Sitzung des Straßenverkehrsausschusses, teilte mit, dass durch die Kanalbaumaßnahme in der Königstraße Setzungsrisse in den Gehwegen entstanden seien. Einige Stellen seien ausgebessert worden; die Gehwege sollten seiner Meinung nach jedoch in Gänze überholt werden.

Frau **Müller** wies Herrn Nieme zunächst darauf hin, dass es Zuhörern nicht gestattet sei, das Wort zu ergreifen. Dies müsste ihm durch seine ehemalige Mitgliedschaft im Planungsausschuss hinreichend bekannt sein. Ausnahmsweise lasse sie jedoch die Wortmeldung zu. Herr Liedtke werde sich mit ihm in Verbindung setzen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

Frau **Müller** schloss die Sitzung um 18.15 Uhr.

gez. Ursula Müller
Vorsitzende

gez. Uwe Liedtke
Schriftführer